

DER PLATOW Brief

EXKLUSIV-RECHERCHEN AUS DEN TOP-ETAGEN

Nr. 23 | Mittwoch, 26. Februar 2020

HIGHLIGHTS HEUTE

Lebensversicherer – Kreditvergabe auf Höchstwert _____	2
Thyssenkrupp – Kopf-an-Kopf-Rennen um Elevator _____	3
Bau – Rekord-Orders wecken Begehrlichkeiten _____	3
AKK-Nachfolge – Die Wähler sind nicht überzeugt _____	4

TOP-THEMA

Scheitert Sparkassen-Zentralbank an Länder-Beteiligungen?

WARTEN AUF SCHLEWEIS' „ZIELBILD“ – Am 19.3. präsentiert **DSGV-Präsident Helmut Schleweis** in Frankfurt die Bilanz der Sparkassen-Organisation für das vergangene Jahr. Spannender als das Zahlenwerk dürfte allerdings sein, was der Verbandschef zum Stand der Fusionsgespräche zwischen **DekaBank** und **Helaba** zu berichten hat. Beim Treffen der Deka-Eigentümer Mitte Februar hatten die versammelten Regionalfürsten Schleweis die Hausaufgabe mitgegeben, erst einmal ein „verfeinertes Zielbild“ für das geplante Sparkassen-Zentralinstitut auszuarbeiten. Bis dahin dürften die Fusionsgespräche nur auf Sparflamme weiterlaufen.

Als größter Knackpunkt hat sich dabei zuletzt die Beteiligung der Länder Hessen (8,1%) und Thüringen (4,05%) herauskristallisiert, an der sich vor allem die ostdeutschen Sparkassen stören. **OSV-Präsident Michael Ermrich**, der sich ebenso wie sein Schleswig-Holsteiner Amtskollege **Reinhard Boll** bei der Abstimmung auf der Deka-Eigentümerversammlung enthielt (s. PLATOW v. 14.2.), drohte jüngst sogar mit einem Verkauf seines 10%-Anteils an dem Fondsdienstleister, sollten bei einem Zusammenschluss mit der Helaba die Länder an Bord bleiben. Das Land Hessen könnte für einen Verzicht auf seine direkte Beteiligung im Gegenzug mit einer Übernahme des zur Helaba gehörenden Förderinstituts **WI-Bank** entschädigt werden. Auch für den geringen Anteil Thüringens ließe sich sicher eine Lösung finden. Deutlich schwieriger dürfte jedoch die Ablösung der milliarden schweren stillen Einlage des Landes Hessen bei der Helaba werden.

Geradezu illusorisch erscheint indes die OSV-Forderung nach einem länderfreien Zentralinstitut, wenn auch noch andere Landesbanken wie **Nord/LB**, **LBBW** und **BayernLB** in das Spitzeninstitut integriert werden sollen. An der Nord/LB halten die Länder Niedersachsen (52,98%) und Sachsen-Anhalt (6,98%) die Mehrheit. Die BayernLB gehört sogar zu 75% dem Freistaat Bayern und die LBBW ist zu 40,5% im Besitz des Landes Baden-Württemberg. Auch Schleweis wünscht

sich ein Zentralinstitut ohne Länder. Doch wie die Sparkassen die dafür notwendigen Milliarden aufbringen wollen, hat auch er bislang nicht erklärt. Für die Gegner eines gemeinsamen Spitzeninstituts könnten die Länder-Beteiligungen jedoch der erhoffte Hebel sein, um das ganze Projekt zu kippen. ■

Aldi – Eigentümer-Streit geht in die nächste Runde

STIFTUNGSAUFSICHT ERÖFFNET VERFAHREN – Nach unseren Informationen führt die **Stiftungsaufsicht des Landkreises Rendsburg-Eckernförde** ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die in ihrem Beritt ansässige **Jakobus-Stiftung**. Diese ist mit 19,5% an **Aldi Nord** beteiligt und kann, da die Eigentümer zur Einstimmigkeit verpflichtet sind, wichtige Entscheidungen blockieren. Gründersohn **Theo Albrecht jun.**, der bei der **Markus-** und **Lukas-Stiftung** als den beiden anderen Eigentümern, tonangebend ist, kämpft seit Jahren gegen **Babette Albrecht**, die Witwe seines 2012 verstorbenen jüngeren Bruders **Berthold**. Dieser hatte 2010 die Satzung der Jakobus-Stiftung so geändert, dass sein Bruder zulasten von Babette, die mit ihrem extravaganten Lebensstil im verschwiegene Aldi-Clan immer wieder aneckt, deutlich an Einfluss gewonnen hätte.

Obwohl das Bundesverwaltungsgericht am 6.3.19 abschließend zu Gunsten von Theo jun. entschieden hatte, sei nichts geschehen, heißt es. Insbesondere habe es im Stiftungsvorstand, in dem zwei Töchter und der Familienanwalt von Babette Albrecht sitzen, nicht die geforderten Veränderungen gegeben. Dies will die Stiftungsaufsicht nun durchsetzen. ■

Provinzial-Fusion – Kommunalwahl in NRW sorgt für Durchbruch

RHEINLAND HOLT AUF DEN LETZTEN METERN AUF – Im fünften Anlauf und nach 18-monatigen Verhandlungen haben sich die Verhandlungsführer der Eigentümer von **Provinzial Rheinland** und **Provinzial NordWest** auf eine Fusion geeinigt. Damit ersparen sich die Öffentlich-Rechtlichen, die sich mit Zusammenschlüssen generell schwer tun (s. o.), nicht nur eine Blamage, sondern schaffen auch den zehntgrößten Versicherer Deutschlands. Im öffentlich-rechtlichen Lager wird der neue Konzern, der nach Zustimmung aller Gremien voraussichtlich im Sommer und rückwirkend zum 1.1. aus der Taufe gehoben wird, nach der **Versicherungskammer** und vor der **SV** die neue Nr. 2, bei Komposit sogar die Nr. 1. Den Durch-

bruch in den zähen Verhandlungen haben dem Vernehmen nach die im Herbst anstehenden Kommunalwahlen in NRW gebracht. Je nach Ausgang drohen damit in den jeweiligen Gremien personelle Veränderungen, die den Zusammenschluss hätten platzen lassen können, so die Sorge.

Gebremst haben denn auch weniger die Sparkassen, die über ihre Verbände in Rheinland-Pfalz und dem Rheinland 67% an der Provinzial Rheinland bzw. über Westfalen-Lippe, Schleswig-Holstein und Ostdeutschland 60% an der Provinzial NordWest halten. Hier sorgt der Zinsdruck für die nötige Veränderungsbereitschaft. Schwieriger waren die Landschaftsverbände auf beiden Seite. Insbesondere der Landschaftsverband Rheinland soll angesichts drohender Integrationskosten um künftige Ausschüttungen gebangt haben. Die neue Satzung soll allerdings so eng gezurrt sein und so hohe Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer enthalten, dass ein teurer Stellenabbau im großen Stil mit entsprechenden Kosten ohnehin nicht möglich ist. Da gleichzeitig auch sämtliche Standorte garantiert werden (Münster als Sitz von Holding und Komposit, Düsseldorf als Vertriebsstandort, Kiel u.a. mit einer Lebensversicherung), dürfte bald die Frage aufkommen, wo dann die angestrebten Synergien herkommen sollen.

Noch nicht endgültig geklärt ist das Beteiligungsverhältnis zwischen den beiden Häusern, die wohl nicht zufällig zuletzt mit zahlreichen Zukunftsthemen gegläntzt hatten (u.a. S-Direkt im Rheinland oder digitaler Makler bei der NordWest). Es sollen noch die testierten Jahresergebnisse 2019 abgewartet werden. Absehbar sei aber, so ist zu hören, dass diese Prüfung die zuletzt genannte Quote von 57 zu 43% noch um 1 bis 3%-Punkte zu Gunsten der Rheinländer verschieben dürfte. Immerhin haben die Düsseldorfer ein extrem starkes Jahr hinter sich (Schaden-Kosten-Quote unter 83%). Am Ende könnte also ein Wert von 55 zu 45% herauskommen, was angesichts der Altlasten der Provinzial Rheinland etwa bei Pensionen oder Beamtenversicherung kein schlechtes Ergebnis wäre. ■

Kreditvergabe der Lebensversicherer erreicht Höchstwert

BEGEHRTE AUFBAUHILFE BEI IMMOBILIEN — Die Assekuranz ist in vielerlei Hinsicht Unterstützer der Finanzwirtschaft. Neben der verstärkten (renditebedingten) Nachfrage nach Aktien und Immobilien vergeben Lebensversicherer mittlerweile auch deutlich mehr Hypothekendarlehen, insbesondere für Wohnungsbau und Wohnungskauf. Diese Auszahlungsart legte 2019 um 5,8% auf gut 8,9 Mrd. Euro zu, das Volumen der zugesagten Kredite stieg noch deutlicher.

Wie aus aktuellen Daten des **Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)** hervorgeht, erreichten die 2019 neu erteilten Darlehenszusagen einen Gesamtwert von knapp 10,3 Mrd. Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 15,1% ggü. 2018. In diesen Zahlen sind Stornierungen von Darlehenszusagen bereits berücksichtigt. Insgesamt betragen die Kapitalanlagen der deutschen Lebensversicherer in Hypo-

thekendarlehen 64,2 Mrd. Euro. Der weitaus überwiegende Teil der Kreditzusagen dient zur Finanzierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, etwa 17% der zugesagten Darlehen sind für den Bau größerer Mietshäuser reserviert. Von den im Jahr 2019 neu zugesagten Darlehen sind 30% zur Finanzierung von Wohnungsneubauten vorgesehen. Gut die Hälfte des Kreditvolumens entfällt auf Wohnungs- bzw. Immobilienkäufe und den sonstigen Wohnungsbau, z. B. Renovierungen oder Umbauten. Knapp 16% der Kreditsumme werden zur Umschuldung bestehender Verbindlichkeiten genutzt.

Das offenbar ungebrochene Interesse der Privatanleger nach Immobilien ist größtenteils den weiterhin günstigen Bauzinsen geschuldet. Profiteur ist die Bauwirtschaft. Noch nie waren die Auftragsbücher so gut gefüllt wie 2019 (s.S. 3). Erste Adresse der Privatkunden zur Wohnungsfinanzierung sind allerdings nicht die Versicherungsgesellschaften, sondern vielmehr Banken und Bausparkassen. Abseits der Immobilienfinanzierung, also bei kurzfristigen Liquiditätsproblemen, spielen Banken oftmals keine Rolle mehr. Das Angebot für kurzfristige Kredite hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbreitert. Fintechs, Finanzdienstleister oder Crowdfunding-Plattformen tummeln sich am Markt. Diese Alternativen wachsen exorbitant. Und auch für Unternehmen, die kurzfristig Geld benötigen, gibt es eine moderne und schnelle Lösung. Seit gut einem Jahr vergeben **Klarna** und **Paypal** auch Businesskredite. ■

Mastercard bekommt neuen Chef

CORONAVIRUS DRÜCKT UMSATZ — Künftig setzt ein Deutscher die Akzente beim US-Kreditkartenriesen **Mastercard**. **Michael Miebach** rückt ab Anfang 2021 an die Konzernspitze und löst nach zehn Jahren den indisch-amerikanischen Manager **Ajaypal Singh Banga** ab. Banga wird dann den Vorsitz des Verwaltungsrats übernehmen. Nach Stationen bei **Citibank** und **Barclays** wechselte der designierte CEO Miebach 2010 zu Mastercard. Dort ist er seit 2016 als Chief Product Officer der oberste Produktverantwortliche des Kreditkarten-Anbieters.

Kurz vor Bekanntgabe des Chefwechsels hatte Mastercard Montagabend nach Börsenschluss noch vor den Auswirkungen des Coronavirus auf das eigene Geschäft gewarnt. Im laufenden Quartal dürfte das Wachstum um rd. zwei bis drei Prozentpunkte geringer ausfallen als Ende Januar prognostiziert. Zur Begründung verwies das Management auf die Virus-Epidemie, die sich grenzüberschreitend auf Reisen und E-Commerce auswirke.

Zu den künftigen Aufgaben des neuen Konzernchefs zählt vor allem der verschärfte Blick auf die Wettbewerber. Dabei ist nicht etwa Branchenprimus **Visa** gemeint. Kürzlich kam das Marktforschungsunternehmen **Bernstein** in einer Studie zum Ergebnis, dass weltweit bereits rd. 5% aller Kreditkarten-Transaktionen über **Apple Pay** laufen. Rechnet man die Entwicklung dann unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren auf die kommenden Jahre hoch, könnte der Dienst bis 2025

sogar einen Anteil von 10% erreichen, so die Prognose der Marktforscher. Das aktuelle Wachstum von Apple Pay geht zu einem guten Teil zu Lasten von **Paypal**. Langfristig sei Apple Pay eine der größten Bedrohungen für Visa und Mastercard. Auch Apple-Chef **Tim Cook** hatte vor einiger Zeit von viermal höheren Wachstumsraten bei seinem Unternehmen als bei Paypal gesprochen. Das ist durchaus überraschend, da Paypal quasi überall verfügbar ist, Apple Pay hingegen nur auf der Plattform des Anbieters selbst. ■

Thyssenkrupp – Endspurt im Bieterrennen um Aufzugssparte

ENTSCHEIDUNG AM DONNERSTAG — Ganz verwunden hat **Kone**-Chef **Henrik Ehrnrooth** den Ausstieg aus dem Bietgefecht um die Aufzugssparte von **Thyssenkrupp** offensichtlich noch nicht. Beim Aktionärstreffen des finnischen Branchenschwergewichts in Helsinki verkündete Ehrnrooth, er wolle schauen, wie Kone von möglichen Turbulenzen im Gefolge des bevorstehenden Eigentümerwechsels beim Essener Rivalen profitieren könne. Am Donnerstag (27.2.) wollen Vorstand und Aufsichtsrat von Thyssenkrupp über den Zuschlag für die Aufzugssparte entscheiden. Die beiden verbliebenen Bieterkonsortien müssen bis zum heutigen Mittwoch ihre finalen Angebote abgeben. Neben dem Konsortium aus **Blackstone**, **Carlyle** und dem **Canada Pension Plan Investment Board** buhlen noch die von der **RAG-Stiftung** unterstützten Finanzinvestoren **Advent** und **Cinven** um Thyssenkrupp Elevator.

Die Offerte der Gruppe um Blackstone soll bislang knapp die Nase vorn haben. Das RAG-Konsortium dürfte hingegen die größere politische Rückendeckung genießen. Beide Angebote sollen um die 16 Mrd. Euro schwer sein. Ein Börsengang der Aufzugssparte dürfte schon aus Zeitgründen endgültig vom Tisch sein. Denn Vorstandschefin **Martina Merz** braucht dringend frische Mittel, um den schlingern den Dampfer Thyssenkrupp wieder flott zu machen. Mit dem Verkaufserlös will Merz die verbleibenden Sparten sanieren und auf Wachstumskurs trimmen. Thyssenkrupp ächzt unter einem Schuldenberg von mehr als 7 Mrd. Euro sowie Pensionslasten von fast 9 Mrd. Euro. Ein Komplettverkauf der Aufzugssparte gilt denn auch durchaus als eine Option. ■

Deutsche Konzerne glänzen mit Klimainvestitionen

SPITZENREITER IN EUROPA — Politisch sieht sich Deutschland als Speerspitze der Klimabewegung. Den ambitionierten Zielen **Angela Merkels** bis 2030 hat sich inzwischen auch die Wirtschaft verschrieben. Immer mehr Unternehmen fahren ihre Investitionen in die Verringerung ihrer CO₂-Emissionen hoch, was sich auch in den Statistiken der Klimaschützer bemerkbar macht. So weist die in Paris ansässige NGO **Carbon Disclosure Project (CDP)** deutsche Konzerne (darunter **Adidas**, **BASF**,

BMW, **E.ON** und **SAP**) für 2019 mit gemeldeten Investitionen in Höhe von 44,4 Mrd. Euro als führende Klimakämpfer Europas vor Spanien (37,9 Mrd. Euro) und Italien (24,3 Mrd. Euro) aus. Insgesamt flossen europaweit 124 Mrd. Euro in CO₂-arme Technologien und FuE. Das sei gut, aber reiche noch lange nicht aus, resümiert CDP-Direktor **Steven Tebbe**.

Vor allem bei nachhaltigen Technologien müsse in Europa jährlich doppelt so viel (122 Mio. statt aktuell 59 Mio. Euro) investiert werden, um die hier von EU-Kommissionschefin **Ursula von der Leyen** ausgerufene Emissionsfreiheit bis 2050 wirklich zu erreichen. Ohne die Konzerne wird das nicht gehen. Angesichts der Chancen, die sich ihnen mit dem klimaneutralen Geschäftsmodell eröffnen, steht für Tebbe aber außer Frage, dass die Unternehmen weiter kräftig investieren werden. Immerhin rechneten die Konzerne bei der Entwicklung CO₂-armer Produkte und Services mit Geschäftsmöglichkeiten von über 1,2 Billionen Euro. Die Kosten für die Umstellung bezifferten sie hingegen auf nicht einmal ein Sechstel, so Tebbe. Zudem schauen inzwischen auch die Investoren immer genauer auf die Klimabemühungen ihrer Unternehmen.

Für die HV-Saison 2020 hat hierzulande etwa die **Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW)** angekündigt, den Fokus noch stärker auf grüne Strategien zu legen. Mit zusätzlichem Druck seitens der Aktionäre dürften die Investitionen fürs Klima also kaum nachlassen. ■

Rekord-Orders können Sorgen der Baubetriebe nicht vertreiben

NEUER ZÜNDSTOFF FÜR TARIFRUNDE — Die Bäume wüchsen am Bau nicht in den Himmel, hatte **ZDB**-Vize-Präsident **Uwe Nostitz** erst vergangene Woche beteuert und damit den üppigen Tarifforderungen der **IG BAU** eine klare Absage erteilt (s. PLATOW v. 24.2.). Dennoch geht es am Bau weiter in luftige Höhen. Mit einem Gesamtvolumen von 86,1 Mrd. Euro (nominal: +8,2%) weisen frische Zahlen des **Statistischen Bundesamtes** der Bauwirtschaft für 2019 nun den höchsten jemals gemessenen Orderstand innerhalb eines Jahres aus. Die Auftragsbücher sind trotz des Dämpfers im Dezember (-4,8% zum Vj.) auch für 2020 randvoll gefüllt. Mit den Tarifverhandlungen vor der Tür (Beginn: 19.3.) kann **HDB**-Chef **Dieter Babel** solche Erfolgsmeldungen freilich nicht gebrauchen. Und so war er in Berlin denn auch eilig drum bemüht, die Zukunftssorgen der Unternehmer in den Fokus zu rücken.

Schon beim Umsatz, der zuletzt um 6,7% zulegen, stapeln die Spitzenverbände HDB und ZDE in diesem Jahr mit einem Zuwachs um 5,5% auf gut 142 Mrd. Euro tiefer. Preisbereinigt wäre das nur ein Plus von 1,4 (1,7)%, rechnet Babel vor. Weitere Anzeichen für schwächeres Wachstum lieferten zudem Meldungen der Betriebe über Stornierungen und Auftragsmangel insbesondere im Straßenbau. Die öffentliche Hand halte sich hier wegen der Umstellung auf die so genannte **Autobahn GmbH** mit Investitionen zurück. Kommunen, so hat es für Babel den Anschein, versuchen durch die ▶

Reduzierung ihrer Ausschreibungen den Preis zu drücken, was den Tiefbauunternehmen aufs Gemüt schlägt. Fast ein Viertel der Betriebe rechnet lt. einer Umfrage des **DIHK** inzwischen mit schlechteren Geschäften.

Dagegen halten sich Optimismus und Pessimismus im Hochbau noch die Waage. Mit Neueinstellungen sollen hier die Aufträge möglichst rasch abgebaut werden, was dem blendenden Eindruck, den die Gewerkschaft vom Bau derzeit zeichnet, freilich verstärkt. Dass der Bauboom im neunten Jahr noch anhält, ist aber kein Ruhekitzen, sondern eine Gegenreaktion auf 15 Jahre anhaltende Investitionszurückhaltung, weist ZDW-Vorsteher **Felix Pakleppa** hin. Am Verhandlungstisch wird es aus Sicht der Baubetriebe darum gehen, die Begehrlichkeiten ihrer Beschäftigten diesem Umstand anzupassen. ■

AKK-NACHFOLGE

KEIN KANDIDAT REISST DIE WÄHLER VOM HOCKER — Das historisch schlechte Wahlergebnis in Hamburg (11,2%) hat der CDU drastisch vor Augen geführt, dass sich die Partei nicht noch einmal ein langes Machtvakuum an der Führungsspitze mit eingehender Nabelschau erlauben kann. Auf einem Sonderparteitag am 25.4. soll deshalb der Machtkampf um die Nachfolge der scheidenden CDU-Chefin **Annegret Kramp-Karrenbauer** in offener Feldschlacht entschieden werden. Auf eine Tingeltour der Kandidaten soll diesmal jedoch verzichtet werden. Nach Neueinsteiger **Norbert Röttgen**, der sich als Erster öffentlich zu seinen Ambitionen bekannte, warfen am Dienstag auch **Friedrich Merz** und NRW-Ministerpräsident **Armin Laschet**, der im Tandem mit Gesundheitsminister **Jens Spahn** als Vize antritt, offiziell ihren Hut in den Ring. Der CDU droht damit erneut ein ähnliches Dilemma wie schon bei der Kür Kramp-Karrenbauers, die sich beim Parteitag 2018 nur denkbar knapp gegen Merz durchsetzen konnte. Merz, der seine Niederlage nie wirklich akzeptiert hat, ließ seither keine Gelegenheit aus, die Autorität Kramp-Karrenbauers zu untergraben. Auch der neue Parteichef wird sich mit **Angela Merkel** im Kanzleramt arrangieren müssen, woran AKK bereits gescheitert war. AKK betonte, dass die Wahl des neuen CDU-Chefs eine Vorentscheidung über die Kanzlerkandidatur sei. Doch die CSU beharrt weiterhin auf ihr Mitspracherecht in dieser Frage. Die von Teilen der CDU-Führung gewünschte Teamlösung war von vornherein eine Illusion. Schwer vorstellbar, dass sich Merz und Laschet freiwillig dem jeweils Anderen unterordnen würden. Nach einer aktuellen **YouGov-**

Umfrage hat Merz im Rennen um die Kanzlerkandidatur mit 18% weiterhin die Nase vorn. Auf den Plätzen folgen CSU-Chef **Markus Söder** (12%) und Röttgen (11%). Laschet (9%) und Spahn (7%) kommen sogar nur auf einstellige Werte. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich 43% der Befragten für keinen der genannten Kandidaten erwärmen können. Ein unangefochtener Favorit ist denn auch weit und breit nicht in Sicht. Um nach den Debakeln in Thüringen und Hamburg wieder in die Offensive zu kommen, muss die CDU ihren lähmenden Richtungsstreit, der die Partei tief gespalten hat, eindeutig klären. Das kann aber nur gelingen, wenn der neue Vorsitzende mit einer überzeugenden Mehrheit ins Amt gewählt wird, zumal der künftige Kanzlerkandidat ohne Kanzlerbonus in die Wahlschlacht ziehen muss. Wie entscheidend der Amtsbonus für den Wahlerfolg gerade in unsicheren Zeiten ist, haben die beeindruckenden Schluss spurts der jeweiligen Regierungschefs bei den jüngsten Landtagswahlen gezeigt.

ZU GUTER LETZT

Covid-19 – Light + Building wird verschoben

Die rasche Ausbreitung des Coronavirus Covid-19 in China und Italien wirbelt nun auch den Veranstaltungskalender der **Messe Frankfurt** durcheinander. Die nach einer Neubewertung der Risikolage vom Frankfurter Gesundheitsamt geforderte mehrstufige Gesundheitsprüfung von Messegästen aus China lasse sich nur mit einem „unverhältnismäßigen Aufwand“ durchführen, begründete die Messe Frankfurt die Verschiebung der Leitmesse **Light + Building**. Der internationale Branchentreff für Architekten, Industrie, Handwerk, Handel und Planer soll nun zwischen Mitte und Ende September stattfinden. China und Italien stellen nach Deutschland die meisten Aussteller und Besucher auf der Light + Building. Das Lichtkunst-Spektakel **Luminale**, das traditionell im Umfeld der Light + Building veranstaltet wird, soll hingegen wie geplant vom 12. bis 15.3. an verschiedenen Orten in Frankfurt und Offenbach stattfinden.

„Wir haben seit heute die Alternative zwischen Kontinuität und Aufbruch und Erneuerung. Ich stehe für Erneuerung.“

FRIEDRICH MERZ

Es begrüßt Sie herzlichst
Das PLATOW Team



15. PLATOW InvestorenFORUM

Minuszinsen – Was tun!

Konferenz-Programm

- 08:30 Uhr Get-together
- 08:55 Uhr  **Begrüßung**
Albrecht F. Schirmacher, Geschäftsführer, PLATOW Verlag GmbH, Frankfurt am Main
- 09:00 Uhr  **Trends 2020 - Mehr Performance für Bank und Kunde**
Dr. Holger Sepp, Mitglied des Vorstands, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers AG, Frankfurt am Main
- 09:30 Uhr  **Aktives Aktienfondsmanagement in Zeiten niedriger Zinsen und Wachstumsraten**
Matthias Born, Head of Investments, Wealth and Asset Management, Berenberg, Hamburg
- 10:00 Uhr  **Immobilienausblick 2020**
Mark Wolter, Geschäftsführer, WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf
- 10:30 Uhr Zweites Frühstück und Networking
- 11:15 Uhr  **Commodities 2020: Entwicklung des Goldpreises über zwei Jahre**
Dr. Michael König, Managing Director, Deutsche Börse Commodities GmbH, Eschborn
- 11:45 Uhr  **Chancen und Risiken mit der Anlageklasse Blockchain**
Frank Geßner, Chairman und Co-Founder, INVAO Group, Berlin

PLATOWFORUM

www.platow.de

29. APRIL 2020 | JUMEIRAH HOTEL | FRANKFURT AM MAIN

www.forum-institut.de

12:15 Uhr



Sustainable Investments mit Rendite

Sandra Cowl, CAIA, Stewardship Manager, Member of the Investment Committee, Carmignac

12:45 Uhr



Private Investing of the future

Jens-Christian Fritz, Head of Partnerships for Europe, Moonfare GmbH, Berlin

13:15 Uhr

Gemeinsames Mittagessen

15:00 Uhr

Ende

Partner:



Ihre Anmeldung erfolgt über FORUM Institut für Management GmbH:

service@forum-institut.de oder Fax +49 6221 500-555

Ja, ich nehme teil am

15. PLATOW InvestorenFORUM

Ja, ich bin damit einverstanden, dass das FORUM Institut mir Informationen zu Veranstaltungen per E-Mail per Telefon übermitteln darf. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Name, Vorname

Position/Abteilung

Firma

Straße

PLZ/Ort/Land

Tel./Fax

E-Mail

Ansprechpartner/in im Sekretariat

Datum, Unterschrift

Anmelde-Hotline: +49 6221 500-500
Tagungs-Nr. 20 04 360

Termin/Veranstaltungsort:

Mittwoch, 29. April 2020, 8.30 bis 15.00 Uhr
Jumeirah Hotel · Thurn-und-Taxis-Platz 2 · 60313 Frankfurt
Tel +49 69 2972374444



Gebühr:

EUR 890,- (+ gesetzl. MwSt.) inklusive Dokumentation, elektronischer Dokumentation, Arbeitessen und Erfrischungen. PLATOW-Abonnenten erhalten unter dem Stichwort „PLATOW-Leser“ eine Sondergebühr von EUR 750,- (+ gesetzl. MwSt.). Private Teilnehmer zahlen bei einer **Buchung bis zum 31. März 2020 einen Sonderpreis von 150,- EUR** (zzgl. der gesetzlichen MwSt.).

Rückfragen und Informationen:

Für Ihre Fragen zum 15. PLATOW InvestorenFORUM und zu unserem gesamten Programm stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.



Carmen Fürst-Grüner

Stv. Bereichsleiterin Financial Services
Tel. +49 6221 500-860
c.fuerst-gruener@forum-institut.de

Allgemeine Geschäftsbedingungen:

Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Stand: 01.01.2016), die wir auf Wunsch jederzeit übersenden und die im Internet unter www.forum-institut.de/agb eingesehen werden können.